

## Tagungen

### Kongreß „Friede mit Polen“ in Frankfurt

Deutsche und Polen haben in ihrer vielhundertjährigen Geschichte nicht nur feindliche Beziehungen gepflogen und es ist deshalb sehr wohl möglich, daß sie zusammen dem Frieden in Europa eine Bahn schaffen. Worte dieses Inhalts kamen von zwei Professoren, dem polnischen Historiker Dr. *Cieslak*, Warschau, und dem deutschen Pädagogen und Publizisten Dr. *Fabian*, Köln. Sie wurden zur Eröffnung eines Jugendkongresses besonderer Art gesprochen. Einberufen hatten ihn dreizehn Organisationen: Aktion Sühnezeichen, die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend Deutschlands, die Katholische Studentenvereinigung, die Falken, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Gewerkschaftsjugend, aber auch die Deutsch-Polnische Gesellschaft, die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Verfolgtenorganisationen, das Internationale Auschwitzkomitee,

Amicus Poloniae usw. hatten im April vorigen Jahres mit den Vorbereitungen begonnen. Ihnen ist es gelungen, eine 27köpfige Delegation polnischer Wissenschaftler, Journalisten, Parlamentsabgeordneter, Gewerkschafter und Geistlicher beider Konfessionen für die Teilnahme zu gewinnen.

Fast tausend, meist jugendliche Teilnehmer waren der Einladung gefolgt und diskutierten in acht Arbeitsgruppen zwei Tage lang Themen wie die Richtigstellung der Schulbücher und Landkarten, den deutsch-polnischen Jugendaustausch und allgemein den Komplex der Begegnung beider Völker. Die jüngste Geschichte, die Sühne und Verfolgung der NS-Verbrechen in Polen, die Rolle der Landsmannschaften und die gegenwärtig sich anbahnenden freundlicheren Beziehungen kamen zur Sprache.

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages die Voraussetzung für die Verwirklichung vieler Pläne ist, die aber erst dann vollendet werden kann, wenn beide Länder einander diplomatisch anerkannt haben und von bun-

desrepublikanischer Seite die polnische Westgrenze respektiert wird. Das betonten die polnischen Referenten in allen Arbeitsgruppen und das hatte auch Prof. Cieslak in seiner Ansprache in der Paulskirche ausgesprochen, in der die Sorge, ja Angst, vor bestimmten extremen Gruppierungen in der Bundesrepublik durchschien, die, politisch unkontrolliert, die Verständigung boykottieren. Prof. Fabian hob hervor, daß deshalb die rasche Ratifizierung des Vertrages eine Notwendigkeit sei, "wenn man jenen Gruppen den Wind aus den Segeln nehmen wolle. Die Veranstalter hatten in einer gemeinsamen Erklärung über die Oder-Neiße-Grenze gesagt: „Die Teilnehmer des Kongresses wollen nicht mehr über Anerkennung oder Nichtanerkennung diskutieren. Sie gehen aus von der notwendigen Anerkennung der Grenze im völkerrechtlichen Sinne. Die Grenze wird verstanden als ein Ergebnis des von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieges.“

Der Vertrag ist nicht nur wichtig im Hinblick auf die Beziehungen beider Völker untereinander, sondern auch als ein erster Schritt auf dem Wege einer gesamteuropäischen Entspannung und der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems. Er hat mehr als nur bilaterale Bedeutung. Selbst in der Entwicklungshilfe wird er eine Rolle spielen, wenn es durch das Einfrieren der Rüstungen möglich wird, der dritten Welt auf ihrem sozialreformerischen Weg zu helfen, anstatt, wie bisher, jedes Regime in den Entwicklungsländern zu unterstützen, wenn es sich nur für das eigene Lager im weltweiten Ost-West-Konflikt entscheidet. Der Ost-West-Konflikt ist ja nicht, wie so oft behauptet wird, durch den Nord-Süd-Gegensatz zwischen den Industrienationen und den vorindustriellen Gesellschaften abgelöst worden. Vielmehr haben sich die beiden Gegensätze durchdrungen. — Aus diesen Andeutungen mag man ersehen, wie weitgespannt die Thematik der Arbeitsgruppen war. Politiker, Abgeordnete und Gremien wurden persönlich oder in Resolutionen um Hilfestellung bei zukünftigen Aktivitäten gebeten.

Aus der Resolution der Arbeitsgruppe 1 „Ziele und Formen der künftigen Jugendbegegnung“ seien einige Passagen zitiert:

„Wir sind der Meinung: die Ratifizierung des Vertrages zwischen der BRD und der VR Polen sowie seine Erfüllung mit Leben sind die Grundlage, auf der Jugendbegegnungen beider Länder sinnvoll und möglich sein können. Diesen Vertrag mit Leben erfüllen bedeutet:

den entschlossenen und konsequenten Kampf gegen jene Kräfte in der Bundesrepublik zu führen, die sich der Anerkennung der Grenzen in Europa widersetzen. Wir rufen in diesem Sinn die Bundesregierung und alle demokratischen Kräfte auf, sich einzusetzen für

die unverzügliche Zurückdrängung aller rechtsradikalen und neonazistischen Organisationen und Kräfte, um darüber hinaus alle immer noch wirksamen Ursachen und Folgen des Faschismus in unserer Gesellschaft endgültig zu überwinden. Dazu gehört auch die Überwindung des Antikommunismus in der BRD, der nach wie vor ein schweres Hindernis für zukünftige Jugendbegegnungen ist.“

In der Arbeitsgruppe 2, die sich mit der Revision der Landkarten und Schulbücher befaßte, wurde eine entsprechende Resolution verabschiedet, die u. a. die Abschaffung der „Empfehlungen zur Ostkunde“ und der „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“, beide von der Ständigen Konferenz der Kultusminister erlassen, und der „Bezeichnungsrichtlinien“ des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen forderte.

Ferner wurden Resolutionen über den deutsch-polnischen Wissenschaftler-Austausch und die Errichtung einer gemeinsamen Historiker-Kommission gefaßt, und es wurde vorgeschlagen, die Deutsch-Polnische Gesellschaft damit zu beauftragen, private Bildungseinrichtungen und -vereine, die Auslandsbesuche veranstalten, zu überprüfen, ob das Verstehen-Lernen beider Völker auf touristischen oder anderen Reisen nach Polen durch sie gefördert oder behindert wird. Auch wurde verlangt, die Deutsche Jugend des Ostens aus dem Bundesjugendring auszuschließen, den Landsmannschaften die staatliche Unterstützung zu entziehen, wie sich der Umsiedler aus Polen anzunehmen, damit sie nicht in revanchistischem Sinne beeinflußt würden.

Nicht alle Eingeladenen konnten kommen, aber sie haben Grußworte gesandt, so der evangelische Bischof von Berlin, *Kurt Scharf*, der darauf hinwies, daß das katholische Empfinden der Polen durch den Verrat des protestantischen Königreichs Preußen vor zweihundert Jahren und durch das bewußt antikatholisch sich formende protestantische deutsche Kaiserreich vor hundert Jahren national und religiös herausgefordert worden sei.

Der Bundesjugendausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes sandte ein Grußwort, in dem es heißt:

„Möge dieser Kongreß dazu beitragen, daß es zu einem dauerhaften Frieden zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland kommt. Auch die Gewerkschaftsjugend als Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in der Vergangenheit und wird auch verstärkt weiter ihren Teil dazu beitragen. Nur das friedliche Verhältnis der Völker untereinander wird eine Planung demokratischer Zukunft möglich machen. Der Bundesjugendausschuß des DGB wünscht dem Kongreß und seinen Arbeitsgruppen Erfolg und versichert ihn seiner Solidarität.“ Pfarrer *Dohrmann*, Aktion Sühnezeichen, einer der Initiatoren des Kongresses,

hatte zu Beginn davon gesprochen, daß das Verhältnis der beiden Völker sich weder stumm noch schreiend manifestieren solle, d. h. weder in Haß noch in Emotionen. Auch Frankfurts Oberbürgermeister *Möller* hatte in seiner Begrüßung in der Paulskirche auf die falschen Gefühle angespielt. Vergangenheit bereinigen müsse man ohne Selbstmitleid, zu dem wir Deutsche so gern neigen.

Regionale Konferenzen sollen die Thematik vertiefen helfen.  
*Anne-Marie Fabian*

### Politisches Nachtgebet Rheinhausen zur Berufsausbildung

Nach den Schülern gingen 1969/70 die Lehrlinge auf die Straße — Anlaß für viele Gruppen im politischen und kirchlichen Bereich der Bundesrepublik, sich über die Berufsausbildung gründlicher als bisher zu informieren. Auch der Arbeitskreis „Politisches Nachtgebet Rheinhausen“ hatte im Oktober 1970 die Lage der Lehrlinge anhand konkreter Mißstände aus dem Kreis Moers analysiert. Die negative Bilanz:

Ausbeutung von Lehrlingen durch ihre Heranziehung zu Neben- und Routinearbeiten.

Fachliche Ausbildungsmängel — besonders in Handwerksbetrieben.

Das Kammersystem als „Rückfall in ständische Vorstellungen vergangener Zeiten“ (so *Maria Weber* vom DGB-Bundesvorstand während der DGB-Bundestagung zur beruflichen Bildung).

Fehlbestand von 15 000 Berufsschullehrern.

Zu geringe Sollzahl von 8 Berufsschulstunden wöchentlich, die aber auch nur 50 Prozent der Lehrlinge erhalten.

Ausbildung in Berufen ohne Zukunftsaussichten.

Nichteinhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

Um den Lehrlingen die Furcht vor Repressalien bei der Aufdeckung von Mißständen zu nehmen, hat der Rheinhausener Arbeitskreis Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens — Gewerkschaftsvertreter, Bundestags- und Landtagsabgeordnete — aufgefordert, mündlich oder schriftlich zu erklären, „daß sie bereit sind, alle ihnen zu Ohren kommenden Verstöße aufzugreifen und in einer Weise für Abhilfe zu sorgen, die dem Auszubildenden keine Nachteile einbringt“. Fast alle angesprochenen Personen haben diese Erklärung abgegeben. Es gab allerdings im Lager der Gewerkschaften auch die — durchaus satzungskonforme — Meinung, man könne sich nur für Mitglieder einsetzen, was m. E. die Werbewirkung, die gerade bei Lehrlingen in kleinen Handwerksbetrieben ohne Betriebsrat dadurch

erzielt wird, daß sich die Gewerkschaft für sie einsetzt, ungenügend berücksichtigt.

Die Zahl derer, die meinen, unsere Lehrlingsausbildung könne so schlecht nicht sein, denn noch sei die Bundesrepublik die zweitstärkste Industriemacht der westlichen Welt, ist allerdings immer noch beachtlich, obschon uns das Beispiel England eigentlich deutlich gemacht haben sollte, wohin solche Selbstgefälligkeit führt und wie schnell ein industrieller Vorsprung verlorengeht. Das „Politische Nachtgebet Rheinhausen“ machte sich daher den im Bildungsbericht der Bundesregierung gegebenen Hinweis zu eigen: „In den letzten 20 Jahren haben viele europäische Staaten mit Reformen im Bildungswesen große Fortschritte gemacht, auch die DDR. Wir können von unseren Nachbarn viel lernen“ und lud Ende Februar 1971 Experten aus zwei europäischen Ländern, deren Bildungssystem einen guten Ruf genießt, zu einem Podiumsgespräch über „Lehrlingsausbildung in der DDR. und Schweden“ ein.

In beiden Ländern unterliegt das Bildungswesen einer einheitlichen staatlichen Lenkung, und in beiden Ländern glaubt man dafür gesorgt zu haben, daß junge Menschen bei der Ausbildung nicht in einer Sackgasse landen.

Dr. *Bivius*, Kulturattache der schwedischen Botschaft in Bonn, orientierte zunächst über das schwedische System, dessen soziologisches Ziel es ist, Kinder aus unterschiedlichem Milieu vom 7. bis zum 16. Lebensjahr gemeinsam aufwachsen zu lassen und dadurch gesellschaftliche Schranken abzubauen. Auf der neunjährigen Gesamtschule baut dann ein Gesamtgymnasium auf, in das Fachschule, Gymnasium und Vollzeitberufsschule integriert sind. Von den 22 Aufbauzügen dieses Gesamtgymnasiums ermöglichen 14 die theoretische und praktische Ausbildung zum Facharbeiter. Diese Ausbildung wählen ca. 40 Prozent der Jugendlichen, weitere 50 Prozent erlangen die Hoch- oder Fachschulreife. Die praktische Ausbildung in Handwerksbetrieben ist in Schweden so gut wie ausgestorben. Gleiches gilt für die Industrie, mit Ausnahme einiger Großbetriebe, doch sind auch diese zur Einhaltung der staatlichen Lehrpläne verpflichtet.

Es gibt somit in Schweden keine Lehrlinge in unserem Sinn, denn auch die praktische Ausbildung erfolgt in der Schule. Das hat zweifellos den Vorteil, daß die bei uns vielbeklagte Heranziehung der Lehrlinge zu Nebenarbeiten, die dem Ausbildungsziel nicht dienen, vermieden wird. Andererseits bleibt zu prüfen, ob eine solche Ausbildung tatsächlich praxisnah genug gestaltet werden kann.

Die Berufsausbildung in der DDR wurde von Dr. *Eisner* vom Institut für Berufsbildung in Ostberlin erläutert. Sie unterscheidet sich sowohl vom schwedischen Modell als auch von den Verhältnissen in der BRD sehr wesentlich.

lieh. In der DDR besteht nach der Verfassung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Berufsausbildung. Gegenwärtig werden etwa 450 000 Lehrlinge ausgebildet. 1969 nahmen bereits 98 Prozent der Schulabgänger eine Berufsausbildung auf.

Während für die Bundesrepublik noch immer die dreieinhalbjährige Lehrzeit typisch ist, dauert die Berufsausbildung in der DDR aufgrund der besseren Vorbereitung in der zehnklassigen polytechnischen Oberschule, deren Abschluß von ca. 80 Prozent der Schüler erworben wird, nur zwei Jahre. Angemerkt sei hier, daß der polytechnische Unterricht seinerzeit in der Bundesrepublik als Kinderarbeit verketzert wurde, während im Februar 1971 der Verein Deutscher Ingenieure den für Bildungsfragen zuständigen Institutionen der Länder und des Bundes in einer Denkschrift dringend nahelegt, einen berufskundlichen Unterricht mit dem nötigen Praxisbezug in allen allgemeinbildenden Schulen der Bundesrepublik einzuführen.

Allerdings gibt es in der DDR noch Schüler — etwa 20 Prozent —, die nach acht Jahren die Schule verlassen. Ihre Ausbildungszeit dauert drei Jahre, wobei 15 Prozent des Unterrichtsstoffes der Verbesserung der Allgemeinbildung dienen.

Die Anzahl der wöchentlichen Berufsschulstunden beträgt in der DDR vierzehn, der in der Bundesrepublik erreichte Wochendurchschnitt liegt bei sechs Stunden. Auf einen Berufsschullehrer entfallen in der Bundesrepublik 85, in der DDR 31 Schüler.

Die Zahl der Ausbildungsberufe ist in der DDR auf 356 reduziert worden. Neu ist auch die Ausbildung in „Grundberufen“, von denen es z. Z. 26 gibt. So bietet z. B. der Grundberuf „Baufacharbeiter“ die Möglichkeit zu sechs beruflichen Spezialisierungen — Montagebau, Stahlbeton: Bewehrungsbau, Stahlbeton: Schalungsbau, kommunaler Tiefbau, Putzen und Mauerwerksbau — wobei die Ausbildung im Grundberuf achtzehn Monate, die Spezialausbildung sechs Monate dauert.

Erwähnenswert ist die Tatsache, daß in der DDR das Verhältnis zwischen theoretischem und praktischem Bildungsstoff stark zugunsten der Theorie verschoben wurde — das augenblickliche Verhältnis beträgt 1:1,5, angestrebt wird ein Verhältnis von 1:1 —, was zu größerer Disponibilität der Ausgebildeten infolge eines breiten Grundlagenwissens führt.

Umfangreich ist in der DDR das Angebot zur beruflichen Weiterbildung Erwachsener. 25 Prozent der Hoch- und 40 Prozent der Fachschüler sind Fernstudenten. Etwa 2 Millionen Erwachsene, d. s. 25 Prozent der Berufstätigen, nehmen an einer organisierten Form der Weiterbildung teil, und 25 Prozent der Bildungs-

ausgaben gehen in die Erwachsenenqualifizierung. Auch in der Bundesrepublik hat man inzwischen die Bedeutung des Fernstudiums erkannt, doch leider bürgt nicht jedes private Fernlehrinstitut für Qualität.

Die DDR sieht die Grundlage für die Erfolge ihres Bildungswesens darin, daß die Arbeiterklasse und die Bauern die staatliche Macht in den Händen haben. Dr. Eisner formulierte das so: „Bildungsfragen sind Machtfragen, und Bildungsschulden von heute sind Produktionsschulden von morgen.“

Aufschlußreich waren der Verlauf der Diskussion und das Presseecho zur DDR-Berufsausbildung. Von den drei im Kreis Moers vertretenen Tageszeitungen gaben zwei einen sachlichen Bericht, die eine bescheinigte sogar ausdrücklich, daß alles auf dem Boden der Sachlichkeit blieb und Leute, die sich durch die Anwesenheit zweier Offizieller aus der DDR eine gewisse Konfliktsituation vorgestellt hatten, enttäuscht wurden. Die dritte Zeitung dagegen, das der SPD nahestehende Blatt, gab einen Bericht, der schon durch seine Überschrift „Gespräch scheiterte an den Gegensätzen“ einen Vorgeschmack auf die darin enthaltene Polemik lieferte. Der Verfasser stemmelte den Bericht der DDR-Vertreter als Propaganda, sah in Bemerkungen wie „Wir haben keine Sackgasse im Bildungssystem“ und in der Erwähnung von „unserer Arbeiterintelligenz“ Spitzen gegen die Bundesrepublik und beklagte, daß „die ideologischen Gegensätze zu kraß waren“. Die Überarbeitung der Ausbildungsberufe und ihre Herabsetzung auf 356 fand in diesem Bericht ebensowenig Erwähnung wie die unterschiedlichen Berufsschulstunden. Als Resümee war für den Verfasser gar bewiesen, „daß die Lehrlingsausbildung in der BRD von der der DDR gar nicht so unterschiedlich sei“. Diese Meinung blieb allerdings die Ausnahme unter der überwiegenden Mehrheit der über 200 Besucher — darunter viele Berufsschullehrer.

Es ist ein gutes Zeichen, daß die Diskussion über unsere Berufsausbildung nicht mehr verstummt, denn das Aktionsprogramm der Bundesregierung zu dieser Frage zeigt zwar wohlklingende Absichtserklärungen, geht aber im übrigen, wie *Günther Heyder* in der „Welt der Arbeit“ treffend erklärt, über ein Herumdoktern an Symptomen nicht hinaus. Noch ist der Umschwung der öffentlichen Meinung nicht ausreichend, um zu bewirken, daß die Berufsausbildung in der Bundesrepublik der Zuständigkeit der Interessenverbände — Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern — entzogen wird. Eine nicht unwichtige Rolle in diesem Meinungsbildungsprozeß kann die Erörterung der Berufsausbildung in unseren Nachbarländern spielen.

Jutta Henke